

04.07.2012 / Titel / Seite 1

## Bouffier keilt zurück

*Sebastian Carlens*

Um markige Worte ist Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) selten verlegen. Nachdem in der vergangenen Woche bekannt wurde, daß ein Ukas des damaligen Landesinnenministers die polizeiliche Befragung eines mordverdächtigen Verfassungsschutzmitarbeiters im Jahr 2006 verhindert hatte, geht der Politiker in die Offensive. Eine »Unverschämtheit« sei die »Unterstellung« des NSU-Ausschußvorsitzenden, ließ Bouffier seinen Regierungssprecher Michael Bußer mitteilen. Sebastian Edathy (SPD) hatte dem ehemaligen Innenminister in einem Interview mit dem ARD-»Morgenmagazin« am Dienstag »Verhinderung von Strafverfolgung im Amt« vorgeworfen. Bouffiers Stellvertreter Jörg-Uwe Hahn (FDP) äußerte, er habe noch nie erlebt, daß ein Ausschußvorsitzender »in einer solchen Dreistigkeit eine solche Bewertung vorgenommen hat, bevor Zeugen befragt wurden«. Der Bundestag solle »sich gut überlegen«, ob ein Gremium unter Edathys Leitung noch objektiv sei.

Dem Schlagabtausch zwischen Edathy und Bouffier war eine Zeugenbefragung vor dem Ausschuß in der vergangenen Woche vorausgegangen, bei der der Leitende Kasseler Kriminaldirektor Gerald Hoffmann ausgesagt hatte, vom hessischen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) bei der Aufklärung eines Mordfalles behindert worden zu sein. Die »erste und einzige heiße Spur« nach dem Mord an dem Kasseler Internetcafébetreiber Halit Yozgat, der später der Zwickauer Terrorzelle zugeordnet werden konnte, habe zu dem während der Tat anwesenden Mitarbeiter des LfV, Andreas Temme, geführt. Seine Befragung sei vom Landesamt abgelehnt worden, schließlich ginge es »nur um Mord«. Bouffier stellte sich damals als oberster Dienstherr mit Verweis auf die »Sicherheit des Landes Hessen« hinter diese Entscheidung. Auch eine Befragung der V-Männer aus der neofaschistischen Szene, die Temme betreut und kurz vor sowie nach der Tat angerufen hatte, wurde unterbunden. Dieses Vorgehen Bouffiers bezeichnete Edathy als »drastisches Beispiel« politischer Versäumnisse.

Bouffiers aggressive Vorwärtsverteidigung fällt mit dem größten deutschen Geheimdienstskandal seit Jahrzehnten zusammen. Erst am Montag hatte der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heinz Fromm, sein Ausscheiden aus dem Amt zum Monatsende angekündigt. Er zog damit die Konsequenzen aus der Vernichtung von Akten, die möglicherweise Hinweise zu Anwerbeversuchen der Terrorzellenmitglieder Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe durch deutsche Geheimdienste enthalten haben könnten. Der für die Schredderaktion verantwortliche Referatsleiter des BfV solle am morgigen Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuß befragt werden, kündigte Edathy an. Auch Heinz Fromm ist für Donnerstag als Zeuge vor das Gremium geladen.

Sein Rückzug bleibt möglicherweise nicht die letzte personelle Konsequenz aus dem Debakel um Fahndungsspannen, Behördenvertuschungen und Falschaussagen vor dem Bundestagsausschuß. CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach sagte, der Rücktritt des Behördenchefs erledige das Thema keineswegs: »Bei persönlichen Konsequenzen für den Präsidenten wird es wohl nicht bleiben können«, sagte er dem Kölner Stadt-Anzeiger (Dienstagausgabe). Ausschußmitglied Patrick Kurth

(FDP) sagte demselben Blatt: »Wir sind nahe an dem Zeitpunkt, zu dem geprüft werden muß, inwiefern die Parlamentarier auch juristisch gegen falsche Aussagen und Vertuschung vorgehen können.« Volker Bouffier könnte dafür ein erster geeigneter Kandidat sein.